

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

259 (18.9.1919) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Beilage des Karlsruher Tagblattes
Preis 1.00 M. vierteljährlich 3.00 M. an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.00 M.
Die Post bringt es durch den Postboten in die Haushalte zu 1.20 M. Ein- und Auslieferung 10 Pf.

Anzeigen:
Die Oeff. Anzeigen-Abteilung oder deren Raum 25 Pf. Telefon 1 21. An erl. Seite 1.20 Pf. Auf diese Weise 80% Feuerungsersparnis. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Abteilung bis 12 Uhr mittags. Heitere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Verordnungsamtliche: Geschäftsstelle Nr. 203. Berlin Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 84.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verantwortlich: Gustav Kappert; verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für Baden, Lokales und Volkswohl: Dr. Fritz Dietrich; Friedenamt, Freigraße 65/66. Fernb.-Amt 16land 2002. Für unverlangte Zusendungen oder Druckaufträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 259. Donnerstag, den 18. September 1919. Erstes Blatt.

Besserung der Wirtschaftslage?

In makroökonomischen Industrie- und Finanzfragen beurteilt man neuerdings die Wirtschaftslage als etwas außerordentlich. Die Furcht vor neuen Sparmaßnahmen, die sich lähmend auf alle Geschäftszweige gelegt hat, ist etwas zurückgetreten. Aus einer arden Anmaßung von Industrien wird über einmündig gemeldet, daß in der Arbeiterfrage allmählich eine Abmilderung gegen die Streikluft entstanden ist, eine Abmilderung, die vielleicht der Wiederbeginn der Arbeit an der Arbeit ist, ohne die ein rationales Wirtschaften, ohne die ein Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens nicht möglich ist. Immer energischer wird von Arbeiterführern die Forderung zum Besten der Arbeit verlangt, in einzelnen Staatsbetrieben ist bereits eine modernisierte Arbeitsweise wieder eingeführt worden. Auch die Kohlenförderung und der Kohlenhandel haben eine leichte Besserung erfahren, und zwar sowohl im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien. Wenn freilich Arbeiterbetriebe in Haushaltesausführung der Arbeit, Landesverwaltung und der Bauwirtschaft aufgestellt haben, die Kohlenproduktion habe bereits wieder das Niveau von 1917 erreicht, so leidet ein Blick auf die Statistik, daß ausbleibend im Ruhrgebiet die jährliche Förderung mit etwa 230 000 Tonnen noch um 100 000 Tonnen geringer ist, als 1917. Wie sollte es auch anders sein! Beträgt doch die effektive Arbeitszeit im Ruhrgebiet heute nur 5 1/2 Stunden gegen 7 Stunden in 1917. Die Kohlen- und Transportkosten sind noch immer nicht gesunken. Noch immer müssen in der Industrie Betriebsbedingungen oder gar Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Die Betriebsbedingungen sind im Winter zu höherer Betriebsintensität infolge der Kohlennot zu rechnen. Die Betriebsbedingungen sind als Folge des Kohlenmangels beeinflusst und der Arbeitsmarkt in sehr unangünstigem Sinne. In fast allen Geschäftszweigen herrscht ein drohendes Ueberangebot an Arbeitskräften, und wenn auch die Statistik einen Mangel an Arbeit nachweist, so hängt dies hauptsächlich mit der stärkeren Nachfrage der Arbeitslosenunterstützung zusammen.

Trotz allen diesen unangünstigen Momenten und trotz der katastrophalen Entwertung der Mark, die die Einfuhr von Rohstoffen immer mehr beeinträchtigt, scheint in den Kreisen der Industrie das Vertrauen und damit auch die Investitionsneigung wieder zu erwachen. Durch die Leipziger Messe ist die Wiederherstellung der internationalen Verbindungen zu den bisher feindlichen Staaten gefördert worden, die durch den Preis der Rohstoffe haben ansehnlich der Tatsache, daß auch im Ausland überall die Produktionskosten stark anziehen sind, viel von ihrer abförmlichen Wirtuna verloren. Die Aufträge des Auslandes haben neuerdings wieder aufgenommen, nachdem eine Zeitlang die Generalrezidropanda die deutsche Industrie in den Ruf gebracht hatte, sie könne vornehmlich Lieferungsarbeiten nicht innehaben. Die obersteinsten Großaufträge sind aus den skandinavischen Staaten bedeutende Aufträge in Eisenmaterial und Sandwerkstoffen erhalten. Ferner große Aufträge aus Niederländischen Staaten. Bedeutende Aufträge hat die deutsche Industrie auch aus Südamerika erhalten. Südamerikanische Importeure bereiten fortgesetzt auf Einkaufsreisen die deutschen Industriekontrollen, sie setzen in Bezug auf die Lieferungsarbeiten und Preise großes Interesse entgegen. Sehr bedeutende Aufträge, hauptsächlich in landwirtschaftlichen Maschinen, hat auch die ukrainische Regierung erteilt. Das Ausland zeigt ferner ungewöhnlich starke Nachfrage nach deutschen Automobilen, nach Karosserien der deutschen Automobilindustrie, nach deutschen Karosserien, nach deutschen Maschinen und anderen deutschen Spezialfabrikaten. Die Ostimmuna gegen Deutschland ist, wie leicht im Zusammenhang mit dem Gewaltstreik in vielen Ländern, insbesondere in Südamerika, in eine Stimmung der Sympathie umgewandelt.

Welche Haltung die Hauptländer der Entente, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, in handelspolitischer Hinsicht uns gegenüber einnehmen werden, läßt sich aus dem bisherigen Verhalten absehen. Die Stimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit hat sich in der letzten Zeit Deutschland gegenüber zweifellos verbessert. Es sprechen mancherlei Anzeichen dafür, daß die makroökonomischen Vereinigten Staaten einander haben, die Wirtschaftslage der Produktionsfabrikate Deutschlands durch Entwertung von Krediten und durch Lieferungen von Rohstoffen sei schon im Interesse der amerikanischen Industrie notwendig. Die Amerikaner werden uns voraussichtlich helfen, aber sie werden darauf bedacht sein, ihr Monopol der Monopolisten zu erhalten und das unsere nach Möglichkeit einzuschränken. So wird beispielsweise unsere Stützindustrie Eisenindustrie der amerikanischen Markt wohl kaum verlieren. Die Engländer, die sich während des Krieges die nordamerikanischen und die japanische Konkurrenz aneignen haben, suchen die deutsche Einfuhr nach England völlig zu unterdrücken, aber auch sie können die deutschen Waren nicht ganz entbehren. Trotzdem müssen wir damit rechnen, daß England alles mögliche tun wird, um eine ihm unbecommene und durch den niedrigen Stand der deutschen Wirtuna beeinflusste deutsche Ausfuhr nach England und seinen Kolonien zu verhindern. Die Franzosen möchten Deutschland am liebsten als melfende Macht betrachten. „Deutschland muß bezahlen“ ist noch immer das Schlagwort in Frankreich. Es ist aber bemerkenswert, daß der französische Wiederaufbaukommissar Loucheur jüngst erklärt hat, er zweifle nicht daran, daß sich Deutschland wieder aufwärts begeben. Der Minister trat auch für eine weitestgehende Unterstützung Deutschlands mit Rohmaterialien ein.

Das alles sind Hoffnungen, die aber vorerst noch in der Luft stehen. Die letzte Besserung im deutschen Wirtschaftsleben und die Fortschritte in der Wiederherstellung der überseeischen Handelsbeziehungen dürfen nicht betonen. Die Wirtschaftslage

Die Notwendigkeit einer Umbildung der Regierung.

Der „Vorwärts“ teilt in seiner gestrigen Ausgabe ganz empört Einzelheiten über angebliche Umtriebe der deutschen Truppen in Kurland mit, die nichts Geringeres beabsichtigen sollen, als unter ihrem Führer, dem Grafen Goltz, gegen die jetzige deutsche Regierung zu marschieren und gewaltfam wieder die Monarchie herzustellen. Nun ist die Lage der durch die letzte Regierung um ihre Siedelungshoffnungen schände betrogenen Soldaten gewiß recht peinlich und demgemäß ihre Stimmung zu Eigenmächtigkeit und Rücksichtslosigkeit geneigt. Der Gedanke aber, daß Graf Goltz als eine Art umgekehrter Wallenstein mit diesen Elementen einen monarchischen Angriff gegen Deutschland bilden wolle, ist doch wirklich so absurd, daß selbst Agitationszwecke den „Vorwärts“ nicht entschuldigen können, so etwas aufzutreiben.

Vielleicht erinnert sich das sozialdemokratische Zentralorgan aber daran, daß der Genosse August Winnig, Gouverneur von Ostpreußen, vor gar nicht langer Zeit vor der russisch-bolschewistischen Gefahr gewarnt hat, die sich nach der Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum jetzt direkt gegen das Deutsche Reich richtete. Und vielleicht hat der „Vorwärts“ doch wenigstens davon lauten gehört, daß die deutschen Kommunisten und ihre unabhängigen Mitläufer im Zusammenhang mit den russischen Bolschewisten in allen Teilen des Reiches neue revolutionäre Erhebungen planen, um auch in Deutschland eine Räuberregierung mit allen ihren Schönheiten zu errichten.

Nur die in seiner Dresdener Rede auf diese Möglichkeit erkennbar hingewiesen, und an seinem persönlichen Willen, solche Bewegungen rücksichtslos zu unterdrücken, zweifeln wir auch nicht. Aber dank der schredlich doktrinarischen Gesamthaltung der sozialdemokratischen Regierungsmittglieder und der Partei und bei der Mächtigkeits der Radikalen, die gerade unter den Werkarbeitern, Vertriebsangehörigen und entlassenen Soldaten ihre zu allem entschlossenen Anhänger haben, ist die Aufgabe für Röske mit seiner nicht gleichmäßigen Truppe, die Ordnung aufrecht zu erhalten, wahrlich nicht leicht.

Was Wunder also, daß die allgemeine Mißstimmung über die im 11. Monat der Revolution herrschenden Zustände noch durch die begründeten Zweifel an der Fähigkeit der Regierung, uns vor einem bolschewistischen Interregnum zu bewahren, verschärft wird, daß der Gedanke, selbst an einer Festigung und Besserung der Lage mitzuarbeiten, gerade im kämpferischen Soldaten mäßig wird. Binzu kommt noch die schmerzliche Ueberlegung, daß im Westen, wenn, wie rheinländische Blätter melden, neue Streiks und Putsch unternommen werden sollen, die Ententetruppen zweifellos sofort einrücken und sich selbst Freiartier besorgen, aber auch rücksichtslos Ordnung schaffen würden, die unsere Regierung nicht zu schaffen vermocht hat.

Ein vorläufiges Demensl. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 17. Sept. (Wolff.) In der Witterung über den beschlossenen Austritt des Reichsfinanzministers Erberger wird uns von ausländischer Seite mitgeteilt, daß das Kabinett sich wieder mit der Frage des Austritts des Reichsfinanzministers Erberger befaßt hat, noch Veranlassung habe, sich mit der Frage zu beschäftigen. Die Meldung ist glatt erfunden.

Eine neue französische Ultimatumnote. (Eigener Drahtbericht.) Paris, 17. Sept. (Wolff.) Nach „Chicago Tribune“ wurde Marshall noch beauftragt, an Deutschland eine Note mit Ultimatumcharakter zu richten, durch die es aufgefordert werden soll, die nö-

Erwort noch immer einen sehr bescheidenen Umfang hat. Das Finanz- und Währungsproblem harret noch der Lösung. Schon das allein ist Grund genug, um vor einem unheimlichen Optimismus zu warnen.

Die deutschen Truppen in Lettland. (Eigener Drahtbericht.)

Riga, 17. Sept. (Wolff.) Der kommandierende deutsche General hat heute vormittag sämtliche Führer der ihm unterstellten Truppen versammelt und sie in langer Rede erneut auf die Schwierigkeiten hin gewiesen, die der Truppe bei einem Verbleiben in Lettland bevorstehen, wenn die Unterführung durch die Heimat erfolge. Der General fordert unbedingten Gehorsam von der Truppe, solange er an der Spitze des Korps verbleibe. Zum Schluß wurde die aus Sicherheitsrunden notwendige Umarüstung der Transport- und Räumungspläne bekannt gegeben.

Die Selbständigkeitsbewegung der Rheinlande. (Eigener Drahtbericht.)

Köln, 17. Sept. (Wolff.) Nach der Köln. Volkszeitung, nach der jetzt hier veranlassete Parteitag der rheinischen Zentrumspartei eine Entschlieung an, in der über die Behandlung der Rheinlandsfrage Leitlinie aufgestellt werden, nach denen die Verwirklichung der rheinischen Selbständigkeitsbewegung im Rahmen des Deutschen Reiches und im Zusammenhang mit der territorialen Umgestaltung des Reiches unter dem Gesichtspunkte der gesamten deutschen Interessen und auf dem durch die Reichsverfassung vorgezeichneten Wege geschehen soll. Es sollen gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder mit weitestgehender Selbstverwaltung geschaffen werden. Im Falle, daß das ausbleibe, ist, können die Bestimmungen der neuen Bundesverfassung nach Artikel 18 der Reichsverfassung in Anwendung zu kommen. Die deutsche Reichsverfassung wird rücksichtslos anerkannt, der Parteitag erwartet jedoch, daß die Reichsregierung und die Volksvertretung die nach Art. 167 vorgezeichnete amtliche Kritik nicht erlassen werden, falls die nationalen Notwendigkeiten und die rheinischen Lebensinteressen in Zukunft ihre sofortige Beseitigung erfordern sollte. Für die Rheinlande wird eine weitestgehende Autonomie gefordert. Der die Rheinlande vom Reich antretend, sobald die Interessen der rheinischen Bevölkerung und selbst sich außerhalb der Zentrumspartei. Die Reichsregierung wird aufgefordert, den inneren Umbau des Reiches im vorgedachten Sinne so rasch wie möglich vorzunehmen.

Birkenfeld wieder frei. (Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt a. M., 17. Sept. Wie die „Frankfurter Zeitung“ vermeldet, ist die sogenannte Regierung Voeller in Birkenfeld bereits am vergangenen Samstag durch die alte Regierung, an deren Spitze Gattung steht, und die von der gesamten Birkenfelder Bevölkerung getragen wird, ersetzt worden. Die Regierung Gattung habe die ausgewiesenen Beamten sofort zurückgerufen. Der Umsturz in Birkenfeld sei auf eine Unterredung von 12 Vertretern der Birkenfelder Bevölkerung mit General Mangin zurückzuführen. Der französische Oberkommandierende habe sich offenbar überzeugt, daß die anhängige Bevölkerung so gut wie geschlossen hinter der alten Regierung stehe und Voeller und Gen. nur Verwirrung entgegenbringe.

Demonstrationsstreik gegen die Zwangswirtschaft. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Sept. Wie die „B. A. am Mittag“ meldet, ist der Streik in den Berliner Lebensmittelgeschäften von einem arden Teil der Ladeninhaber durchgeführt worden. Die Läden wurden um 10 Uhr geschlossen und sollten erst um 4 Uhr wieder aufgemacht werden. Es handelt sich um eine Demonstration gegen die Zwangswirtschaft und die Kommunalkontrolle. An den Arbeitgebern wird die Demonstration nicht so einheitlich durchgeführt, wie in den westlichen Stadtteilen.

Berlin, 17. Sept. (Eig. Drahtber.) Der Streik der Kaufmannschaft in der Reichshauptstadt wurde heute in vollem Umfang durchgeführt. Etwa 80% der Lebensmittelhändler hatten für 8 Stunden den Betrieb geschlossen. Es handelt sich dabei um etwa 75 000 Geschäfte. Im Abend kam es bei Versammlungen noch zu Demonstrationen, doch ohne Unruhen.

Keine Einstellung schweizerischer Lebensmittel. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Sept. (Wolff.) Die Nachrichten, daß die Schweiz ihre Waren und Lebensmittel-Lieferungen an Deutschland wegen der schlechten Kohlenlieferung durch Deutschland einstellen hätte, sind, wie wir hören, falsch.

Die angebliche Rückgabe der Lokomotiven. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Sept. (Wolff.) Von der gestern Abend von der „Voll. Rta.“ nach dem „Mittag“ gemeldeten Rückgabe der von Deutschland abgezogenen Lokomotiven ist an hiesiger amtlicher Stelle nichts bekannt.

Die Haltung der Landwirtschaft in Pommern. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Sept. In Pommern haben sich gewisse Gutsherrkreise geweigert, die Anordnung des Landwirtschaftsministers über Lieferungsverträge einzubehalten. Dadurch ist die Lage außerordentlich verschärft worden. Den Drohungen der Landwirtschaft gegenüber, die Lieferungen von Getreide einzustellen, wird von dem preussischen Landwirtschaftsministerium darauf hingewiesen, daß die Befehle unterer Behörden unter keinen Umständen gelassen und mit allen Mitteln bekämpft werden würde.

Der Kampf um den Völkerverbund in Amerika.

Von Professor Dr. W. J. Bonn, Direktor der Handelshochschule in München.

Einer der besten Kenner Amerikas, Professor Bonn, dem auch die Röske Wilsons genau vertraut ist, führt hier den Kampf der zwischen dem amerikanischen Präsidenten und seinem Senat entbrannt ist, auf seine eigentlichen Ursachen zurück. Bei den letzten Formen, die dieser Kampf allmählich angenommen hat, wird man gut tun, diese Ursachen niemals aus dem Auge zu verlieren.

Der Kampf um die Ratifizierung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat hat seitdem wie ein Kampf gegen den Völkerverbund ausgefallen. Er ist zum großen Teil aus dem parteipolitischen Gegenstand der republikanischen Senatsmehrheit gegen den demokratischen Präsidenten hervorgegangen. Auf Wunsch von Präsident Wilson ist in den Friedensvertrag die Verfassung eines Völkerverbundes aufgenommen worden, die dadurch Teil des Friedensvertrages geworden ist. Wird der Friedensvertrag im amerikanischen Senat angenommen, so tritt damit Amerika dem Völkerverbund bei.

Wilson selbst interessiert sich eigentlich nur für den Völkerverbund. Er hat den Frieden immer nur als eine Art Vorstufe für denselben angesehen. Er hoffte den starken Widerstand des Senats dadurch zu überwinden, daß er dem Senat die Wahl ließ, zwischen Annahme des ganzen Friedensvertrages einschließlich des Völkerverbundes oder Verwerfung des Friedens. Da jedermann in Amerika den Frieden will, so lag es nahe, auf diese Weise auch die Annahme des Völkerverbundes zu erzwingen.

Gegen den Völkerverbund haben sich in Amerika gewichtige Stimmen erhoben. Zum Teil waren es Leute, die gegen den Völkerverbundgedanken als solchen nichts einzuwenden hatten, sondern nur dagegen waren, weil sie ihrem politischen Gegner Wilson den Triumph seiner Politik mißgönnten; zum Teil sind es Gegner des Völkerverbundes in seiner bestehenden Gestalt. Vielen Amerikanern erscheint der vorliegende Völkerverbund nicht als Völkerverbund, sondern als ein Sonderbündnis, das Amerika, Frankreich und insbesondere England den gemachten Kriegsgewinn sichern sollte. Es herrsche in Amerika eine starke Stimmung dafür, daß sich die Amerikaner von den Verbindungen mit europäischen Mächten fernhalten möchten. Der Völkerverbund würde ihnen daher auf der einen Seite nicht annehmbar, weil er Amerika verpflichtet, sich für die Interessen seiner europäischen Alliierten einzusetzen. Er erscheint ihnen auf der anderen Seite bedenklich, weil er den europäischen Mächtern des Völkerverbundes Gelegenheit geben könnte, sich in amerikanischen Dingen einzumischen und dadurch die Monroe Doctrine gefährden würde, die die Fernhaltung aller europäischen Einflüsse von Mittel- und Südamerika bezweckt.

Diese Bedenken haben durch den Inhalt der anderen Friedensbedingungen neue Nahrung erhalten. Man fühlt in Amerika, daß der Friede kein gerechter Friede ist. Man bezweifelt den Nutzen eines Völkerverbundes, wenn neben dem Völkerverbund noch ein Sonderbündnis zwischen England, Frankreich und Amerika zur Sicherung Frankreichs geschlossen werden muß. Man empfindet es insbesondere recht bitter, daß von dem eigentlichen Willensherrscher des Völkerverbundes, dem 14 Punkten, deren Verwirklichung der Völkerverbund gebühren sollte, so viel in Stücke gegangen ist. Man nimmt Anstoß an der Lösung der Ostfrage, die deutsche Bevölkerung den Polen überantwortet. Man ist nicht einverstanden mit der Abtrennung des Saargebietes. Man ist vor allem aber empört, daß Präsident Wilson die japanischen Ansprüche auf Schantung nicht energig bekämpft hat, denn Amerika betradet China als seinen Schutzbesitzer.

Daher ist neben der Kritik des Völkerverbundes als solcher mehr und mehr eine Kritik des Friedensvertrages getreten, den man für fehlerhaft und zur Grundlage eines Völkerverbundes für nicht geeignet hält. Die heftigen Angriffe im Senat richteten sich mehr und mehr gegen Wilson, der nicht imstande gewesen ist, einen guten Völkerverbund aufzubauen zu bringen, als gegen den Völkerverbund selbst.

Der Kampf der öffentlichen Meinung Amerikas ist also heute nicht mehr ein solcher für oder wider den Völkerverbund. Die schärfsten Gegner Wilsons sind heute Leute, die seine begeisterten Anhänger gewesen sind, und die ihm vorerzählen, daß er trotz aller hochfliegenden Gedanken an den entscheidenden Moment nie die Kraft hat, seine Ideen durchzusetzen. Um die äußere Form des Völkerverbundes zu retten, hat er in allen jadrchen Punkten nachgegeben, wo immer ein ernstlicher Gegenstand sichtbar war, und von neuem gezeigt, daß bei ihm handnädiges Beharren auf einmal gefassten Ideen mit schwachmühtigen Nachgeben und geschicktem Ausweichen gepaart ist. So hebt nicht eigentlich der Völkerverbund, sondern Wilsons Verhalten bei den Friedensverhandlungen zur Kritik.

Trotz aller Angriffe ist es indessen wahrscheinlich, daß der Friedensvertrag einschließlich des Völkerverbundes von Amerika angenommen werden wird. (Der Artikel ist vor dem Bekanntwerden der schärferen Angriffe vollendet. Red.) Es handelt sich nicht nur darum, daß alle Beteiligten einen möglichst schnellen Frieden wollen. Wilson selbst ist in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung des amerikanischen Volkes äußerst geschickt und wird voraussichtlich durch seine Reden und die nötigen Druck aufbringen, um den Senat zur Annahme zu veranlassen. Die Bedingungen, die der Senat an seine Annahme knüpfen wird, werden die Idee des Völkerverbundes nicht beeinträchtigen. Im Gegenteil, sie werden eine scharfe Kritik sein eines Völkerverbundes, der auf einer unrichtigen Friedensgrundlage aufgebaut ist, und der nur wirksam werden kann, wenn diese Grundlage verbessert wird. Was als Kampf gegen den Völkerverbund begonnen hat, wird also schließlich zu seiner Rettung beitragen. Ein Völkerverbund, der der Menschheit dienen soll, ist nur möglich, wenn die politische Neuordnung die er verbürgen soll, den Grundfragen der Gerechtigkeit nicht widerspricht.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Standalöse Zustände in Bayern.

(Drahtmeldung unv. Münchener Korrespondenten.) fr. München, 17. Sept. In München geht das bestimmte Gerücht aus, daß Toller, der zu 5 Jahren...

Die englisch-französischen Auseinandersetzungen in Syrien.

(Eigener Drahtbericht.) Versailles, 17. Sept. (Wolff.) Der „Temps“ teilt mit, daß amischen Clemenceau und Lloyd George...

Die Enthüllungen Bullis.

(Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 17. Sept. Das Reutersbureau bezeichnet die Enthüllungen Bullis als ein Gewebe von Lügen.

Die englischen Bergwerke.

(Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 17. Sept. (Wolff.) Lloyd George wird laut „Telegraf“ in zwei bis drei Wochen eine Abordnung...

Japan und die Union.

(Eigener Drahtbericht.) 6. New York, 17. Sept. Die japanischen Blätter melden, daß die Vereinigten Staaten...

Abgebrachte Mittelchen der englischen Regierung.

(Eigener Drahtbericht.) Rotterdam, 17. Sept. Die englische Regierung soll einer Arbeiterverschönerung auf die Spur gekommen sein...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte befassen...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

Amsterdam, 16. Sept. (Wolff.) Anlässlich der Erklärung Churchill über die Rumänien-Rückkehr...

Ein Journalist amerikanischer Postfach in Berlin.

Haag, 17. Sept. Der Chefredakteur der New York Times, George Mac Aninch, ist zum amerikanischen Postfach in Berlin ernannt worden...

Badische Politik.

Keine Kriegsabgabe von Gratifikationen. Mehrere badische Steuerkommissare hatten bei der Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe...

Der Oberste Rat und d'Annunzio.

(Eigener Drahtbericht.) 6. New York, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte befassen...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

Amsterdam, 16. Sept. (Wolff.) Anlässlich der Erklärung Churchill über die Rumänien-Rückkehr...

Ein Journalist amerikanischer Postfach in Berlin.

Haag, 17. Sept. Der Chefredakteur der New York Times, George Mac Aninch, ist zum amerikanischen Postfach in Berlin ernannt worden...

Badische Politik.

Keine Kriegsabgabe von Gratifikationen. Mehrere badische Steuerkommissare hatten bei der Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe...

Die deutsche Republik.

Erzberger und Helfferich. Wir lesen in der „Freiburger Tagespost“...

Volksfest in Sinsheim an der Elsenz.

Die furchtbare Dinterlassenschaft des Krieges ist der mahnbildende Kernpunkt der Sinsheimer Volksfest...

Auswärtige Staaten.

Der Oberste Rat und d'Annunzio. (Eigener Drahtbericht.)

6. New York, 17. Sept. Nach Pariser Blättern schreibt der Oberste Rat...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte befassen...

Ein Journalist amerikanischer Postfach in Berlin.

Haag, 17. Sept. Der Chefredakteur der New York Times, George Mac Aninch, ist zum amerikanischen Postfach in Berlin ernannt worden...

Badische Politik.

Keine Kriegsabgabe von Gratifikationen. Mehrere badische Steuerkommissare hatten bei der Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe...

Die englisch-französischen Auseinandersetzungen in Syrien.

(Eigener Drahtbericht.) Versailles, 17. Sept. (Wolff.) Der „Temps“ teilt mit, daß amischen Clemenceau und Lloyd George...

Die Enthüllungen Bullis.

(Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 17. Sept. Das Reutersbureau bezeichnet die Enthüllungen Bullis als ein Gewebe von Lügen.

Die englischen Bergwerke.

(Eigener Drahtbericht.) Amsterdam, 17. Sept. (Wolff.) Lloyd George wird laut „Telegraf“ in zwei bis drei Wochen eine Abordnung...

Japan und die Union.

(Eigener Drahtbericht.) 6. New York, 17. Sept. Die japanischen Blätter melden, daß die Vereinigten Staaten...

Abgebrachte Mittelchen der englischen Regierung.

(Eigener Drahtbericht.) Rotterdam, 17. Sept. Die englische Regierung soll einer Arbeiterverschönerung auf die Spur gekommen sein...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

Paris, 16. Sept. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich heute morgen mit den russischen Räte befassen...

Die Ententepolitik gegen Rußland.

Amsterdam, 16. Sept. (Wolff.) Anlässlich der Erklärung Churchill über die Rumänien-Rückkehr...

Ein Journalist amerikanischer Postfach in Berlin.

Haag, 17. Sept. Der Chefredakteur der New York Times, George Mac Aninch, ist zum amerikanischen Postfach in Berlin ernannt worden...

Badische Politik.

Keine Kriegsabgabe von Gratifikationen. Mehrere badische Steuerkommissare hatten bei der Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe...

Demokratischer Verein Forthheim.

(Eigener Bericht.) Am Sonntag hielt der Demokratische Verein Forthheim in der „Krone“ eine Mitgliederversammlung...

Aus Baden.

Der Willkommengruß für die Kriegsgefangenen in Mannheim. (Eigener Drahtbericht.)

rr. Mannheim, 17. Sept. Die am Montag hier eingetroffenen Kriegsgefangenen wurden gestern abend in der für diesen Zweck eigens hergerichteten...

Die Milchversorgung der badischen Städte.

Der Landesverband der Milchhändlergenossenschaften Badens hat an das Ministerium des Innern folgende Eingabe gerichtet...

Keine Kriegsabgabe von Gratifikationen.

Mehrere badische Steuerkommissare hatten bei der Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918...

Ein alter Gaihof empfängt uns in kalten Mauern.

An langer Tafel sitzen sie schon, ein Charakterkopf am anderen. Alle Berufsstände sind vertreten.

Am gemütlichen Nebenamt finden wir noch Platz.

Und endlich erzählt ein alter behärdiger Herr, während er andächtig seinen Opfenheimer schürft...

Dranken erkant Musik.

Der Vorhänge des Bezirksvereins findet jedoch herein und heridert, er sei mit der Feuerwehrhalle am Bahnhofsgeviert...

Rom Turm auf dem Stiftshof blickt man hinab.

auf die rotbraunen winkligen Dächer der Stadt, aus denen die breitauflandende Kirche hervorsticht...

Es ist ein Volksfest, würdige, still und doch heiter.

der unverwundliche Humor des Volkes bricht sich allenfalls Bahn. Und alle Teilnehmer, die Städtler...

Städtler, laute er.

„Sie heißen Marano, und früher bestand die ganze Kelle aus lauter Marano“, ist ihm nur noch einmae weniue übrig...

Es ist ein Volksfest, würdige, still und doch heiter.

der unverwundliche Humor des Volkes bricht sich allenfalls Bahn. Und alle Teilnehmer, die Städtler...

Städtler, laute er.

„Sie heißen Marano, und früher bestand die ganze Kelle aus lauter Marano“, ist ihm nur noch einmae weniue übrig...

Es ist ein Volksfest, würdige, still und doch heiter.

der unverwundliche Humor des Volkes bricht sich allenfalls Bahn. Und alle Teilnehmer, die Städtler...

